

Deutscher Philologenverband unterstützt Ziele von KMK-Präsidentin Hubig und fordert konkrete Umsetzungen ein:

Gegen Extremismus, Populismus und Nationalismus auf der Basis des Grundgesetzes, für mehr Vergleichbarkeit des Abiturs auf höherem Niveau und für eine realistische Aufgabenbestimmung des neuen „wissenschaftlichen Beirates“ der KMK

„Mit der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin, Dr. Stefanie Hubig, übernimmt eine erfahrene Bildungsministerin die KMK-Präsidentschaft in 2020“, erklärt die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing. „Wir erwarten konkrete Fortschritte in ihrem Projekt Europabildung und bei den anderen überfälligen Aufgaben der Kultusministerkonferenz!“

- Zum neuen Thema der Präsidentschaft Hubigs „Europa – (er)leben und gestalten“ betont der Deutsche Philologenverband: „Der Wert von Europa, der Blick auf 70 Jahre in Frieden, Freiheit und Wohlstand hier in Deutschland, verbunden mit deutlichen Signalen gegen Extremismus, Populismus und Nationalismus, darf nicht ohne konkreten Bezug auf unser Grundgesetz geschehen. Der Deutsche Philologenverband erneuert deshalb seine Forderung: die intensive Beschäftigung mit dem Grundgesetz gehört in jede erste universitäre Ausbildungsphase der Lehrkräfte. Das ist bisher nicht der Fall. Auch Europabildung und Demokratieerziehung beginnen nicht erst mit Schülerprogrammen in der schulischen Praxis, sondern mit der grundlegenden Wahrnehmung der Unantastbarkeit der Menschenwürde und der Gleichheit aller vor dem Gesetz. Eine intensive Auseinandersetzung, zumindest mit den grundlegenden Artikeln unseres Grundgesetzes, sollte deshalb die Basis jedes Lehramtsstudiums im erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Teil der Lehrerbildung an den Universitäten sein“, erwartet Lin-Klitzing und fordert KMK-Präsidentin Hubig auf, dies konkret in die Empfehlungen der KMK zur Europabildung und Demokratieerziehung aufzunehmen.
- Die Arbeit an einer besseren Vergleichbarkeit des Abiturs auf höherem Niveau zwischen den Ländern erbt Stefanie Hubig von ihren Vorgängerinnen und Vorgängern. Auch hier erwartet die DPhV-Bundesvorsitzende ein substantielles Vorankommen:
 - Kein Bundeszentralabitur, aber eine Weiterarbeit an der Ausgestaltung des Abiturprüfungspools: mindestens 50% der Abituraufgaben sollten zukünftig verbindlich von allen Ländern aus dem Abiturprüfungspool entnommen werden!
 - Nicht nur die Abituraufgaben sollten vergleichbarer werden, sondern vor allem das „Skelett“ des Abiturs sollte in jedem Bundesland gleich sein. Dafür sollten mindestens 36 bis 40 Kurse, besser noch 40 Kurse, aus jedem Land in die Abiturwertung eingebracht werden und nicht nur 32 bis 40. „Diese Kurswertungen machen zwei Drittel der Abiturnote aus. Mit der bisherigen Regelung wird eine 20prozentige Ungleichheit allein bei den Kurseinbringungen zwischen den Bundesländern produziert. Das muss nun wahrlich nicht sein!“, kommentiert Lin-Klitzing.

- Genauso sollten nicht mehr maximal 20% durchgefallene Kurse aus den einzubringenden Kursen akzeptiert werden, sondern nur noch maximal 10% in allen Bundesländern!
- „Weder sollte die Anzahl der Prüfungsfächer im Abitur auf Dauer verschieden bleiben noch die Prüfungsbedingungen. Der Deutsche Philologenverband erwartet hier ein- und dieselbe Prüfungsdauer in den jeweiligen Prüfungsfächern in allen Bundesländern! Es sollten zudem konkret vergleichbare Prüfungsbedingungen, auch in der Auswahl der Hilfsmittel, festgelegt werden!“
- Um die Anforderungen an ein vergleichbareres Abitur auf höherem Niveau zwischen den Ländern sowie die Durchsetzung von Mindeststandards bei der unverzichtbaren universitären und pädagogischen Nachqualifikation von Quer- und Seiteneinsteigenden effektiv und nachhaltig umsetzen zu können, muss weiter über eine Strukturreform der Kultusministerkonferenz nachgedacht werden:

„Ich erneuere die Forderung des Deutschen Philologenverbandes: Wir brauchen mindestens eine dreijährige Amtszeit der jeweiligen KMK-Präsidentschaft und zweitens einen wissenschaftlichen Beirat, der ähnlich einem Sachverständigenrat die reformierte KMK berät. Dies ist dringend erforderlich, um angemessen die komplexen Probleme im Bildungsföderalismus kontinuierlicher anzugehen und Ziele auf höherem Niveau verbindlicher erreichen zu können! Der wissenschaftliche Beirat sollte die Kultusministerkonferenz beraten. Eines der auch für die Zukunft nötigen Ziele muss dabei eine „Digitalstrategie für die schulische Bildung“ sein. Momentan entscheiden die Sachbearbeiter in den Kommunen über die „Digitalstrategie an Deutschlands Schulen“, weil sie die Gelder sowohl für die IT-Daueraufgaben an den Schulen als auch für die aktuellen Konzepte im Rahmen des Digitalpakts bewilligen oder auch nicht. Das kann aber doch nicht die bildungspolitische Steuerung für die schulische Arbeit darstellen!“, so Lin-Klitzing kritisch.

„Wir wünschen der neuen KMK-Präsidentin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Glück, Freude, vor allem aber kluges Verhandlungsgeschick bei der zielführenden Einigung der Bundesländer bei den anstehenden Aufgaben!“ ergänzt die DPhV-Vorsitzende.

Berlin, 16.1.2020

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin